

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 6

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitglie-  
dern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der  
„Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00  
pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vor-  
auszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 5. Februar 1926.

Anzeigenpreis für die diergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellen-  
gesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die  
Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Denloerwall 9.  
Telephonruf West 6154. — Redaktionschluss ist Samstag  
Mittag.

27. Jahrg.

## Wo liegt die Schuld?

Von Dr. Köhr.

I.

Die Arbeitslosenziffern sind gestiegen, Kurzarbeit hat um sich gegriffen, die Konkursziffern sind in die Höhe gegangen, die Selbster Schuld an das Ausland hat zugenommen; man kann nicht sagen, daß wir in einer Zeit geradezu blühender Wirtschaft leben, zumal eine gewisse Ausdehnung der Depression noch bevorzustehen scheint.

„Depression? Die wirtschaftliche Lage ist trostlos, ist katastrophal.“ So sind viele zu rufen bereit, wenn man von Depression spricht. „Einfach katastrophal.“ Und dann kommen noch immer die allbekannten Ramentationen über die Gründe: Passivität der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, die überhöhten Steuern und Soziallasten, die hohen Zinsen, die hohen Produktionskosten (lies: Löhne), das Unverständnis des Reichsarbeitsministeriums, und dann noch so einiges, was gerade im Augenblick aktuell erscheint.

An dieser Aufzählung merkt man schon, wer so jammert; es sind die Sach- und Geldkapitalisten (Arbeitgeber oder Unternehmer wäre ein bißchen viel gesagt), die Industriellen, die Gewerbetreibenden, die Innungsleute, die Händler. Diese Leute nennen sich gern mit einem stolzen Sammelwort: „Die Wirtschaft.“ „Die Wirtschaft“ zur Zollfrage, „die Wirtschaft“ und die neuen Steuern, „die Wirtschaft“ über unsere Handelsverträge, „die Wirtschaft“ zu Locarno, so oder ähnlich kann man fast täglich in den Zeitungen lesen, und dann wird ausgeführt, daß etwa die Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels usw. diese oder jene Äußerung von sich gegeben haben oder bei dieser oder jener Regierungsstelle vorstellig geworden sind; oder es wird daselbe nicht einmal von Verbänden, sondern von einigen prominenten Wirtschaftsführern gesagt. „Die Kinder, sie hören es gerne“, nämlich, daß sie „die Wirtschaft“ sind.

In dem Gemurmel der „Wirtschaft“ liegen Anklagen. Angeklagt wird der Staat, der zu viel Steuern nimmt und „der Wirtschaft“ auch sonst ungebührliche Fesseln und Lasten auferlegt, angeklagt wird die Arbeiterschaft, die angesichts der katastrophalen Lage nicht länger und billiger arbeiten will. Nicht angeklagt wird „die Wirtschaft“. Makellos, in unerschütterlicher Reinheit, mit dem besten Willen, mit den lautersten Absichten, mit Qual im Herzen um das harte Schicksal der Arbeitslosen steht sie da, leider der Unveranft des Staates und Arbeiterschaft gegenüber machtlos. So ungefähr. Und doch, und doch, wenn man genauer hinsieht? ... Nur auf einige Punkte sei so ganz von weitem von einem natürlich völlig „Unsauberstündigen“, der „gar nicht in den Dingen drin steht“, der „einfach etwas daherbehauptet“, hingewiesen.

II.

1. Die Konkursziffern der letzten Monate über-  
ragen die der Friedenszeit (die Zeit der blühenden Wirtschaft)  
gewiß, aber doch nur ganz wenig. So 700 bis 1200 Konkurse  
monatlich gab es auch damals. Die der letzten Monate lagen  
zwischen 700 und 1400. Wir haben aber — und das ist wohl  
zu bedenken — mehr als das Doppelte an Unter-  
nehmungen, die schon bei der Gründung faul waren. Wer hat  
diese faulen Unternehmungen gegründet? Sind Staat und  
Arbeiter es schuld, wenn sie sich nicht halten können? Zieht  
sie ab, was bleibt dann noch Unnormales? Auch früher gingen  
schon alte, ehrliche Geschäfte pleite. Sind es heute mehr?  
(Übrigens entstehen so viele, zeitweise sogar noch mehr neue  
Geschäfte usw., als verschwinden.)

2. Wir haben einen gewiß nicht befriedigenden Außen-  
markt. Rührt das nicht zum Teil von den hohen Schutz-  
zöllen her, die unserem Außenhandel entgegenstehen, und  
rühren diese nicht zum Teil von unseren eigenen Hochschut-  
zöllen her? Wer hat nun diese mit aller Macht  
gefordert? Sodann: Wer hat durch rigorose Lieferungs-  
bedingungen die ausländischen Kunden abspenstig gemacht?  
Ist es beispielsweise wahr, daß die Rastindustrie in der Nach-  
kriegszeit von amerikanischen Rastimporteuren den drei- bis  
vierfachen Goldpreis der Vorkriegszeit gefordert hat? Waren  
der Staat und die Arbeiter an diesen horrenden Preisfest-  
setzungen beteiligt? Und schließlich: Kaufen nicht der Importeur  
ohne Rücksicht auf den Exporteur in den Ländern, wo er im  
Augenblick am besten sein Privatinteresse gedeckt sieht?  
Kommt dabei die höchste Auswirkung für die deutsche Wirt-  
schaft heraus?

3. Wenn die Steuern zu hoch sind, so ist doch die Frage  
berechtigt, wer sie gemacht hat? Stand nicht die Regierung,

die den Bedarf anmeldete und die Entwürfe einbrachte, den  
Kapitalisten viel näher, als der Arbeiterschaft? Und weiter:  
Waren an der Beratung dieser Steuern nicht die Vertreter  
der Kapitalistengruppen beteiligt? Haben nicht die Frak-  
tionen den Steuern zugestimmt, die „die Wirtschaft“ als ihre  
Interessenerretungen ansieht? Darauf sollten die Klagen  
doch einmal näher eingehen. Und dann: Wer kommt denn  
jeden Augenblick nach Berlin, um von diesem angeblichen  
Sündengeld, „das der Wirtschaft abgepreßt wird“, zu holen?  
Und wer bekommt am meisten von den „enormen Ueberschüssen“  
ab. Etwa die Arbeiter? Haben die die berühmten 750 Mil-  
lionen bekommen? Bekommen sie die gewaltigen Darlehen  
zu Vorzugszinsfäßen? Oder wer ist es? — Und wem werden  
denn die Steuern in weitem Ausmaße gestundet? Etwa der  
Firma Krupp oder ihren Arbeitern?

4. Verhältnismäßig wenig Klagen hört man aus den Kreisen  
der Sachkapitalisten über die muerischen Zinsen, ob-  
schon hier eine Hauptwurzel unseres Übels berührt wird.  
Der Grund für die schweigende Verhüllung der Häupter liegt  
auf der Hand. Es sind ja nicht Arbeiter, und es ist auch nicht  
der Staat, der so hohen Debet-Zins nimmt und so niedrigen  
Einlagenzins zahlt, sondern das sind ja — die Kapitalisten  
selbst, die Geldkapitalisten. Und diese haben die  
Industriellen, auch die großen, heute ganz anders an der  
Strippe, und lassen sie es ganz anders fühlen, als es jemals die  
Arbeiterschaft oder der Staat gekannt oder gewollt hat. Aber  
da darf man halt nichts sagen, da muß man auf etwas anderes  
ablenken, aber in der Tat liegt hier eine der größten Hemm-  
nisse gegen einen gedeihlichen Fortgang der Wirtschaft  
überhaupt.

5. Das andere Hauptthema liegt in den viel zu hohen  
Preisen. Nicht nur gegenüber der Kaufkraft sind  
diese Preise zu hoch, sondern auch im Verhältnis zu den  
Löhnen und den sonstigen notwendigen Gesehungskosten.  
Einsichtige Wirtschaftler sind sich darüber völlig klar. Infolge-  
dessen kein Absatz, also auch keine Gelegenheit zu neuer Pro-  
duktion und zu raschem Geldumsatz. Also Verlangsamung des  
Kreislaufes der Güter in der Volkswirtschaft und magere  
Ergebnisse in der Privatwirtschaft bei erhöhten Kosten. Und  
wo liegt die Schuld? Wer versteift sich auf die zu hohen  
Preise? Nicht die Arbeiterschaft, nicht der Staat, nicht der  
Auslandskäufer, sondern der industrielle Sachkapitalist und  
Gewerbetreibende selbst. Und die Kartelle! Diese letzteren  
sind wahren Unternehmern häufig genug ein Grauel. Aber,  
so heißt es, diese wenigen können nichts machen. (Wie sagten  
wir doch einleitend: Es gibt wenige Unternehmer unter den  
Sach- und Geldkapitalisten.) Dieser Umstand darf jedoch nicht  
dazu verleiten, die Antwort auf die Frage nach der Schuld an  
den heutigen Wirtschaftsverhältnissen zu verdunkeln.

6. Kein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß die Ver-  
waltung unserer öffentlichen rechtlichen Körperschaften zu kost-  
spielig ist, daß zuviel verwaltet und zuviel Personal in den  
einzelnen Körperschaften tätig ist. Gerade „die Wirtschaft“  
beklagt sich darüber. Und doch ergibt sich bei genauerem Zu-  
sehen, daß dieses Klagen gar nicht so ernst gemeint sein kann.  
Denn „die Wirtschaft“ hat es in der Hand, ihnen ein Ende  
zu machen. Die Aufblähung des Verwaltungsapparates, seine  
Umständlichkeit, seine Kostspieligkeit liegt nämlich nicht darin,  
daß wir zuviel Aktenträger, Ordnungsbeamte, Kanzlisten  
haben, sondern darin, daß die oberen Stellen, die gut be-  
zahlten Stellen überfüllt sind! Hier sitzen aber nicht Leute, die  
aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen sind, hier sitzen  
auch nicht die Abkömmlinge, Protektionkinder oder Partei-  
gänger der Arbeiter oder die Mitglieder von Gewerkschaften.  
Hier sitzen auch keine Leute, die, wenn es mit ihnen in ihrem  
Werk zu Ende geht, von den Arbeitern in deren Wohnungen  
aufgenommen werden möchten, sondern hier sitzt das Heer der  
vielen, die in allen den genannten Punkten den Sach- und  
Geldkapitalisten durchweg weit näherstehen. Würde „die  
Wirtschaft“ ernstlich gewillt sein, hier den notwendigen Abbau  
herbeizuführen, sie würde es gewiß durchzusetzen vermögen;  
die politische Unterstützung der Arbeiterschaft dürfte ihr dabei  
sogar zuteil werden. Doch „so ist es nicht gemeint“.

III.

Würde man noch weiter forschen, so würde man noch manche  
Stellen herausfinden, wo die Schuld „der Wirtschaft“ liegt.  
Es sei diesmal mit dem Angeführten genug. Leider ist die  
Hoffnung gering, daß „die Wirtschaft“ aus eigener Einsicht  
zur Erkenntnis und von da zur entschlossenen Besserung ge-  
langt. Die Not wird ihre Lehramtlerin sein müssen. Erwrig,  
daß Millionen von Menschen, die wirklich nichts daran zu

können, darunter recht hart leiden müssen. Aber die Gewerk-  
schaften haben in jeder Hinsicht die Verpflichtung, dahin zu  
wirken, daß „die Wirtschaft“ ihre Pflicht tut. Dazu gehört,  
ihre zu zeigen, wo ihre Unfähigkeit liegt. Hat nicht „die  
Wirtschaft“ jahrelang behauptet, die Minderleistung der  
Arbeiterschaft sei des Übels Wurzel? Und hat sie dies zu  
Recht oder zu Unrecht behauptet? Heute wissen wir es.

## Arbeiterfragen und nationaler Gedanke.

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Dieser Ruf  
ist ein Angstschrei in äußerster Not, ein letzter Versuch zur  
Selbstrettung, da der berufene wirtschaftliche Retter, der  
Staat, versagte.

In der Vorkriegszeit hatte man sich damit abgefunden,  
daß der Durchschnittsarbeiter sozialistisch, also inter-  
national, also antinational eingestellt war. Aber was tat  
das? Es wurde ja gut und weise regiert, und alles ge-  
horchte wie Pämlein, und für einen selbst sorgte die hohe  
Obrigkeit ausreichend.

Dennoch hatte man sich in der Gesinnung des größten  
Teiles der Arbeiterschaft getäuscht. Im August 1914,  
als die große Prüfung kam, zeigte sich, daß unter den  
Scheinblüten der Reden noch guter nationaler Boden lag,  
denn die Sozialdemokratie bewilligte in allen Ländern die  
Kriegskredite und zog, in die allgemeine Begeisterung ein-  
stimmend, mit in das blutige Feld. Die nationale Flamme  
hatte das künstliche internationale Eis zerschmolzen, das  
„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ war vorläufig  
vergesen.

Und doch wird man nicht fehlgehen, wenn man einen  
guten Teil des deutschen Unglückes seit 1918, den Teil,  
den man auf mangelnde nationale Einigkeit zurückführen  
kann, dem Umstand auf Rechnung schreibt, daß die große  
Masse der Arbeiterschaft nicht allzu staatsfreudig war, in  
vielen Punkten wieder begann, international zu denken,  
weil der wirtschaftliche Kernpunkt des Lebens faul war.

Eine ganz natürliche Erscheinung liegt hier vor. Der  
Staat hat für das größtmögliche Wohl seiner Bürger  
zu sorgen. Das A und O des leiblichen Wohles aber ist  
die wirtschaftliche Sicherheit, eine gewisse reichliche Aus-  
kömmlichkeit. Hat der Bürger diese nicht, dann ist er über  
solche arge Pflichtverletzung des Staates ungehalten, und  
da die primitiven Lebensnotwendigkeiten am höchsten  
stehen, ist es nur zu begreiflich, wenn sich bei den vernach-  
lässigten Klassen Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit,  
ja Fremdeit und schließlich Feindschaft gegen den Staat  
entwickelt, wenn das „Proletarier aller Länder, vereinigt  
euch!“ erschallt und Erfüllung der Lebensforderung über  
den Staat hinweg und gegen ihn durch großzügige Selbst-  
hilfe erstrebt wird.

Um der Klarheit willen ist hier etwas übertrieben  
worden, aber der seelische Grundgedanke ist richtig, und  
man kann sich nur wundern, daß er noch nicht allgemein er-  
kannt ist und besonders an höherer Stelle noch nicht be-  
achtet wird. Ein Vorwurf gegen die betreffenden Arbeiter,  
daß sie das persönliche Wohl über das Staatswohl stellen,  
ist zwar ethisch berechtigt, fällt aber menschlich in sich zu-  
sammen, und vor allem befreit er praktisch nichts. Kann  
man es doch täglich immer wieder erleben, daß geistig viel  
höher stehende Gesellschaftsschichten ihre Stellung zur  
Partei und damit zum Staat allein nach persönlichen,  
wirklichen oder vermeintlichen Vorteilen bestimmen lassen.  
Und ködern die Parteien, diese „Volkserzieher zum  
Staatsgedanken“, nicht selbst mit Versprechen persön-  
licher Vorteile für diese oder jene Klasse? Die Verant-  
wortung muß man hier der höheren Einsicht zuschieben:  
der Partei vor dem einzelnen, dem Staate vor der Partei.

Die Macht der Arbeiterschaft ist seit einem halben  
Jahrhundert durch immer straffere Organisation und  
immer erprobteren Ausbau der Mittel von Jahr zu Jahr  
gewachsen. Und wenn diese große Arbeiterschaft nun nicht  
staatsfreudig erhalten wird, welche Schuld läßt der Staat  
da auf sich, welchen ungeheuren Fehler begeht er, indem  
er sich selber so gewaltiger Kräfte positiver Richtung be-  
raubt! Warum gibt es etwa in Amerika nicht diese gewalt-  
tige staatskühle oder staatsfeindliche Arbeitermasse? Weil  
sie dort Gerechtigkeit und Wohlwollen erfährt, ihre wirt-  
schaftliche Lage eine menschenwürdige und günstige ist —  
ohne Unternehmer und Staat zu ruinieren! Unter diesen  
Voraussetzungen verliert die soziale Frage ihren giftigen  
Stachel, und freudig stellt sich der Arbeiter, der im Grunde  
wie jeder Mensch national ist, in den Dienst des Staates.

Wie aber liegen die Dinge bei uns? Der Wille der ein-  
flussreichen Unternehmer setzt in unserm Staate sich hem-  
munglos durch, soweit nicht ein Damm aus eigenen  
Mitteln der Arbeiterschaft sich entgegenstellt. Ein Zusehen  
des Staates aber bedeutet hier Parteinähe für den  
Starken, Ungerechtigkeit gegen sein höchstes Prinzip und  
letzten Endes empfindliche Selbstschädigung. Auch die  
Unternehmer, die sich ja mit ihren nationalen Augen nicht  
genug brüsten können, sollten hierüber einmal nachdenken  
und ein wirklich nationales Werk vollbringen, indem sie

Ihre Arbeiter wieder staatsfreundlich machen und so ihrem Staat imposante Aufbau- und Stützkräfte zuführen.  
 Oder soll man Staatsfreundlichkeit von Menschen verlangen, die — auf der Heimarbeit ausstellung war es zu sehen — einen Stundenlohn von 5 Pfennig beziehen, die für schwerste Arbeit im Bergbau — Saargebiet! — pro Tag etwas mehr als eine Mark erhalten, die, wie die schlesischen Textilarbeiter, um ein paar Pfennig bei einem Hungerlohn kämpfen müssen, die den Unternehmern in acht Stunden immer noch nicht genug verdienen, sondern neun, zehn und mehr Stunden arbeiten und zu Hause sich nur zu neuer Qual stärken sollen? Und all die Menschen wissen, daß der Staat auch für sie da ist, daß er auch ihnen Gerechtigkeit und Wohlwollen gelobt hat, daß die Unternehmer sich als höchst national und im Sinne des Staates arbeitend hinstellen.

Ich sage wohl nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß die Staatsfeinde und staatsverneinenden Elemente noch viel, viel stärker wären, wenn nicht für Millionen das Christentum die Staatsbejahung, die Arbeit am Staat als absolute Pflicht hinstellte. Aber man öffne doch endlich die Augen und tue das Notwendige; denn ein niedergeborener Staat wie der deutsche, darf doch weniger als ein anderer verfügbare Kräfte verschwenden und veraachten!

Georg Nowotnick.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar 1926 der 6. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Abrechnung 4. Quartalsjahr 1925. Die mit der Abrechnung vom 4. Quartalsjahr noch in Verzug befindlichen Zahlstellen werden ersucht, diese umgehend zu erledigen. Teilzahlungen für das 1. Quartalsjahr sind einzusenden.

#### Handwerkskunst im Holzgewerbe.

Die Besucher unserer Jahresschrift werden gebeten, den Preis für das 1. Quartalsjahr 1926 umgehend auf das Konto Handwerkskunst im Holzgewerbe, — Köln Nr. 62 901 einzubringen. Die Nr. 2 der Handwerkskunst kommt nur an diejenigen Interessenten zum Versand, die ihre Zahlungen geleistet haben.

Wir bitten, möglichst Sammelbestellungen anzugeben, weil beim Versand mehrerer Exemplare das unversehrte Eintreffen am Bestimmungsort gewährleistet ist. Auf je 10 Stück, die auf eine Adresse bestellt werden, liefern wir ein Freixemplar.

#### Lohn- und Tarifbewegung.

##### Zur Kündigung der Lohnabkommen im deutschen Holzgewerbe.

Wie bereits gemeldet, hatten eine Reihe von Bezirksverbänden die bezirklichen Lohnabkommen für das Holzgewerbe gekündigt. Inzwischen hat sich ergeben, daß fast alle Bezirksverbände der Arbeitgeber, die dem Arbeitgeberverband für die deutsche Holzindustrie und das Holzgewerbe angeschlossen sind, die Kündigung der Lohnabkommen vollzogen haben.

### Moderne Sklaverei.

In O., einem Marktflecken, der weitab vom großen Weltverkehr in einem an Naturschönheiten reichen Gebirgstal liegt, war bereits vor dem Krieg eine Holzwarenindustrie, die ungefähr 100 Arbeiter beschäftigte.

Ein einziger von diesen Arbeitern war organisiert. Mit brutaler Gewalt wurden von den Arbeitgebern alle Organisationsversuche unterdrückt. Diejenigen, die sich organisieren wollten, wurden rücksichtslos auf die Straße geworfen. Die Arbeitszeit betrug im allgemeinen 12 Stunden pro Tag. Der Höchstlohn für die älteren und besseren Arbeiter war M. 2,20 bis M. 2,50, während die älteren Arbeiterinnen durchweg M. 1.— pro Tag erhielten.

Der politische Organisation der Arbeiter wurde von den Arbeitgebern keine Schwierigkeiten gemacht, und so kam es, daß die Arbeiterschaft politisch fast insgesamt sehr weit links organisiert war, gewerkschaftlich aber vollständig indifferent.

Der Krieg brachte nun auch nach diesem Orte große Heeresanstöße. Es wurden Geschosskorbleisten, Zeitzünder, Munitionskisten und ähnliche Dinge in ungeheuren Mengen hergestellt. Die Betriebe wurden stark vergrößert. Die Arbeiterschaft aus dem ganzen Ort herangezogen. Doch die gewerkschaftliche Organisation fand keinen richtigen Eingang, weil sämtliche „Reklamierten“ ständig mit dem Schützengraben bedroht wurde für den Fall, daß sie sich irgendeiner Gewerkschafts-Organisation anschließen.

Es kam der November 1918. Im Norden und Süden unseres Vaterlandes brach die sogenannte „Revolution“ aus. Auch die Arbeiterschaft in O. wurde von der Welle erfasst, und die große Masse, die in all den Jahren von der Gewerkschaftsbewegung nichts wissen wollte, die alle Entbehrungen während des ganzen Krieges, alle Mühsal der Arbeiterrechte und Freiheiten seitens der Fabrikanten hilflos erduldet, die sich nach jeder Richtung hin als Sklaven behandelt sahen, gehörte auf einmal zu den radikalsten Revolutionären.

Als Glocken in den Kirchen mußten Kundentanz den Sieg der Revolution verkünden. MassenDemonstrationen und Versammlungen wurden abgehalten. Langsam mit roten Fahnen veranschlagt, in denen abwechselnd der Antimann, der Arbeiter und der Gewerkschaft die rote Fahne tragen mußten.

Und merkwürdig, an diesen Umständen beteiligten sich auch ohne weiteres die Arbeitgeber. In den Versammlungen nahmen sie das Wort. Besonders war es der Fabrikant G. Dieser hielt eine lange begeisterte Rede, in welcher er die neue goldene Zeit feierte. Er empfahl sämtlichen Arbeitern sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Achtstundentag wurde als Ideal hingestellt. Die Arbeiter sollten sich entschließen, die Zeiten des Hungerlohnes müßten für O. und das ganze Tal endgültig vorbei sein, usw.

Wie es heißt, sollen die einzelnen Bezirksverbände von der Zentraleitung des Arbeitgeberverbandes Vollmacht zur Kündigung erhalten haben. Man kann ruhig annehmen, daß die einzelnen Bezirksverbände zur Kündigung nicht nur bevollmächtigt waren, sondern direkt zur Kündigung veranlaßt worden sind. In einem uns vorliegenden Kündigungsschreiben heißt es nämlich ausdrücklich: „Auf Veranlassung unserer Zentraleitung in Berlin kündigen wir usw.“ Doch darauf kommt es ja weiter nicht an. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Lohnabkommen gekündigt sind, und daß die Arbeitgeber gewiß nicht gekündigt haben, um eine Aufbesserung der Löhne herbeizuführen.

Welche bestimmten Wünsche die Arbeitgeber haben, kann bis zur Stunde noch nicht gejagt werden. Auf Grund des § 3 des Zusatzvertrages vom 13. 10. 1925 finden am Dienstag, den 2. Februar 1926, in Leipzig Verhandlungen über die Erneuerung der Lohnabkommen statt. Anträge sind der Gegenpartei bis spätestens vor Beginn der gemeinsamen Verhandlungen bekanntzugeben.

Zunächst werden die einzelnen Bezirksverhandlungen stattfinden und im Anschluß daran wird das zentrale Lohnamt in Tätigkeit treten.

Die nächsten Tage werden wir also vor wichtigen Entscheidungen stehen.

Aber — „Karthago wird nicht zerstört.“ Dafür wird und muß sorgen unser alter Gewerkschaftsgeist.

Bürsten- und Pinselindustrie Südwestdeutschlands. Der Verband südwestdeutscher Bürsten- und Pinselindustrieller e. V. hatte das bestehende Lohnabkommen gekündigt und verlangt, daß ein Lohnabbau von 20% erfolgen müsse.

Dieserhalb führte Verhandlungen am 19. Januar 1926 scheiterten, da unsererseits erklärt wurde, daß ein Lohnabbau in der Bürsten- und Pinselindustrie bei den ohnedies niedrigen Löhnen nicht zu rechtfertigen sei.

Gegenüber dem von den Arbeitgebern zur Begründung ihrer Forderung vorgebrachten Hinweis auf die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage wurde von uns erwidert, daß mit unzureichenden Löhnen keine Wirtschaft gehoben werden kann. Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Arbeits- und Berufsfreude seien bessere Mittel zur Behebung der Wirtschaft als gekürzte Löhne, die die Kaufkraft schwächen und Arbeits- und Berufsfreude ertöten. Die Arbeitgeber haben nun das im Tarifvertrag vorgesehene Oberschiedsamt zur Entscheidung angerufen, das am 2. Februar in Freiburg in der Sache tätig sein wird.

Bayerisches Sägewerbe. Lohnbezirk Ober-, Mittel- und Unterfranken. Der Arbeitgeberverband bayer. Sägewerke hatte, wie in allen übrigen Lohnbezirken Bayerns, das Lohnabkommen für die Frankenkreise am 12. Dezember zum 9. Januar gekündigt, um eine Heruntersetzung der Löhne durchzuführen. Bei der Kündigung hatte der Arbeitgeberverband aber nicht mitgeteilt, um wieviel der Lohn gekürzt werden soll. Es wurde dann dem Arbeitgeberverband mehrere Male geschrieben, er solle uns wenigstens mitteilen unter welchen Bedingungen das Lohnabkommen wieder erneuert werden könne.

Eine Antwort darauf gab man nicht. Statt dessen wurde bei den Firmen, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, am 15. Januar ein Anschlag bekannt gegeben, des Inhalts, daß sich die Gewerkschaften weigerten in Verhandlungen zwecks Abbau der Löhne einzutreten und daß daher die Arbeitgeber gezwungen seien, der gesamten Arbeiterschaft zum 29. Januar zu kündigen. Dann sollte bekannt gegeben werden, unter welchen Bedingungen die Arbeiter weiter arbeiten könnten.

Inzwischen hatten nun auch die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß Nürnberg angerufen. Bei den Verhandlungen, die am 29. Januar in Nürnberg stattfanden, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes wegen des Anschlages in den Betrieben und der Kündigung der Arbeiterschaft, ohne vorausgegangene Verhandlungen. Dieses verstoße nicht allein gegen Treu und Glauben, sondern wäre ein glatter Vertragsbruch. Der Syndikus erklärte darauf, daß die gesamten Kündigungen in der Oberpfalz und in den Frankenkreisen irrtümlich erfolgt seien; er hätte inzwischen aus den Akten festgestellt, daß der Anschlag nur für Niederbayern bestimmt gewesen sei, derselbe wäre aber durch ein Versehen sämtlichen Firmen im ganzen Lande geschickt worden. Diese Feststellung machte auf die anwesenden zahlreichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen ungeheuren Eindruck. Aus Versehen waren die Arbeitgeber angewiesen worden, ihren sämtlichen Arbeitern zu kündigen und sie zu entlassen. Damit war in sämtlichen Betrieben eine starke Erregung hineingetragen. Scharfe Auseinandersetzungen in einzelnen Betrieben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren zu verzeichnen. In einer Reihe von Betrieben hatten die Kollegen sich bereits arbeitslos gemeldet. Dieses alles „wegen eines Irrtums bei der Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes“.

Bei den Verhandlungen selbst forderten die Arbeitgeber einen Lohnabbau von 20%, mit der Begründung, daß die Sägewirtschaft die gegenwärtigen hohen Löhne nicht mehr zahlen könne. Unsererseits wurde dieser Forderung scharf entgegnet und erklärt, daß wir unsere Zustimmung zu einem Abbau der Löhne in der Sägewirtschaft unter gar keinen Umständen geben würden, weil die gegenwärtige Krise in der Sägewirtschaft nichts mit der Lohnfrage zu tun habe. Es wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, wonach die bisherigen Vertragslöhne bis zum 28. Februar weiter gelten sollen.

Niederbayerische Sägewirtschaft. Der Arbeitgeberverband bayerischer Sägewerke und verwandter Betriebe hatte zum 9. 1. 26 das bisherige Lohnabkommen gekündigt. Bei einer stattgefundenen Besprechung beantragten die Arbeitgeber einen Lohnabbau von 20 Pfennig in der Stunde.

Da Streit über die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses bestand, griff der Landeschlichter für Bayern ein und setzte Verhandlungen an, die am 18. Januar in Passau stattfanden.

Es wurde ein Schiedsspruch gefällt mit folgenden Lohnsätzen:

Lohnklasse	II	III	IV	V
	64	59	53	48 Pfennig.

Das bedeutet einen Lohnabbau von 4 Pfennig in der Stunde. Der Schiedsspruch ist von uns abgelehnt worden. Auch die Arbeitgeber haben, da ihnen der Abbau der Löhne nicht weit genug geht, abgelehnt.

werden, die Zeiten des Hungerlohnes müßten für O. und das ganze Tal endgültig vorbei sein, usw.

Außer dieser Rede tat dann das reichlich gespendete Dünnhier noch seine Wirkung, und die große Masse ließ den Fabrikanten G. und die Revolution immer und immer wieder hochleben. Auf den Schultern wurde er durch den ganzen Saal, durch den ganzen Ort zu seiner Villa getragen. G. hat es fertiggebracht, sich und die übrigen Arbeitgeber mit seiner glänzenden Rede zu retten, denn die Revolution brachte den Arbeitgebern keine Nachteile und keine Schädigung, sie wurden sogar als Freiheitshelden und Führer des arbeitenden Volkes gefeiert.

Die Jahre kamen und gingen. Die Arbeiterschaft war dem Räte der Fabrikanten in den Revolutionstagen gefolgt, und hatte sich organisiert. Ein kleiner Teil fand auch den Weg zu unserem Verbande. Den Achtstundentag hatten die Arbeitgeber sofort eingeführt (weil er gesetzlich war). Anfangs gingen die Lohnverhandlungen noch ziemlich glatt, aber die Geldentwertung brachte es mit sich, daß sehr oft verhandelt werden mußte. Bei jeder neuen Verhandlung wurden die Arbeitgeber hartnäckiger. Schlichtungsausschuß und Schlichter mußten ständig in Bewegung bleiben, doch als die Arbeitgeber auch dieses Verfahren mal kannten, kümmerten sie sich weder um den Schlichtungsausschuß noch um den Schlichter. Sie zahlten einfach was sie wollten.

Die verbindlich erklärten Löhne mußten am Amtsgericht eingeklagt werden. Die Verhandlungen dauerten monatelang. Die Arbeitgeber wurden verurteilt, die inzwischen wertlos gewordenen Löhne nachzubahlen. Doch auch um dieses kümmerten sich die Arbeitgeber nicht. Sie legten Berufung beim zuständigen Landgericht ein.

Als dies den Arbeitern der Firma G. (jenem Fabrikanten, der in den Revolutionstagen die große Rede gehalten und die neue goldene Zeit gefeiert hatte) bekannt wurde (es war der letzte Tag des April im Jahre 1923), da rief diesen Arbeitern der Geduldsfaden. Ohne jede Vorbereitung, ohne die zuständige Organisation zu verständigen, wurde in den Streik getreten. Die Arbeiterschaft des benachbarten Betriebes schloß sich sofort an Solidaritätsgesinnung dem Streik an. Am 1. Mai wurde dann nochmals die rote Fahne hervorgeholt, und dann sämtlichen Streikenden voran in Massendemonstrationen durch den ganzen Ort getragen.

Doch diesmal mußten die Arbeiter die rote Fahne selbst tragen. Der Antimann hatte bereits auf Veranlassung des Fabrikanten am Abend vorher nach der Kreisstadt telephoniert und um grüne Polizei ersucht, die in aller Frühe auf Postautos herbeigebacht wurde. Den Demonstranten ließ man ruhig ihren Lauf, aber Doppelposten wurden vor die Villen der Arbeitgeber und vor die Fabrikantenn gesetzt.

gehen. Von den Gewerkschaften wurde nun die Leitung des Kampfes in die Hand genommen, doch das viele Streikpostenstehen und die Streikappelle waren nicht gerade nach dem Geschmack der Arbeiter. Sie gingen viel lieber aufs Feld und machten ihre landwirtschaftlichen Arbeiten, oder halfen den Bauern beim Kartoffelpflanzen usw.

Die Arbeitgeber waren inzwischen nicht müßig gewesen, in ganz Deutschland wurden die Verwandten ihrer Vorarbeiter und Meister heimlich und unter großen Versprechungen mobil gemacht, und eines morgens fanden sich, ohne daß ein Mensch davon Ahnung hatte, ca. 30 dieser Leute bei dem Fabrikanten G. ein. Alles klangte. Wie ist dies nur möglich? Es kam aber noch schöner. Im Auftrage des Fabrikanten ging der Gemeindevorsteher von Haus zu Haus und teilte jedem Arbeiter mit, daß der Betrieb wieder eröffnet sei. Alle diejenigen Leute, die vernünftig wären, könnten morgen wieder anfangen. Die Löhne würden bedeutend erhöht, die aber nicht anfangen, wären vollständig entlassen und es würde dafür gesorgt, daß dieselben in O. keine Arbeit mehr bekämen. Jeder mußte sofort unterschreiben, ob er anfangen wolle oder nicht. Wer nicht unterschrieb, bekäme morgen seine Entlassungspapiere zugestellt. Ca. 20, größtenteils alte Arbeiter, unterschrieben und nahmen dann am Dienstag die Arbeit wieder auf.

Als die Arbeiterschaft sah, daß der Streik damit aller Wahrscheinlichkeit nach verloren gehen würde, wurde ein Sturm auf den Betrieb von G. versucht. Die Streikbrecher sollten herausgeholt werden. Doch die Schupo war verständigt, sie wehrten den Sturm mit Leichtigkeit ab. Die sogenannten Kadersführer wurden verhaftet und abgeführt. Am folgenden Tage wurde im Orte bekanntgemacht, daß die beiden Betriebe arbeitswillig genug hätten, und es könnten nur noch einige Arbeiter eingestellt werden. Arbeiter, die Wert darauf legten, sollten sich bei den Firmen persönlich melden.

Nun konnten die Gewerkschaften die Arbeiter nicht mehr halten. Geschlossen wurde ins Kontor gelaufen, jeder wollte der erste sein, aus Angst nicht mehr eingestellt zu werden.

Das Spiel war aus, die Arbeitgeber hatten gewonnen, und nun begann der bittere Leidensweg der Arbeiterschaft in O., wie es in den Zeiten der Leibeigenschaft nicht schlimmer sein konnte.

Jedem Arbeiter, der sich zur Arbeit meldete, wurde mal zunächst vom Herrn Direktor G. eine Brandrede persönlich gehalten, dann mußte er einen Kaders unterschreiben, des Inhalts, daß er die den Gewerkschaften gegebenen Vollmacht zurückziehe und auf jede Forderung an die Firma aus dem früheren Arbeitsverhältnisse verzichte. Weiter, daß er bereit wäre, 10 Stunden pro Tag zu arbeiten zu dem Lohn, der von den Firmen festgesetzt wurde. Dieses Schriftstück mußten auch die Streikbrecher unterschreiben, die bereits im Betriebe arbeiteten. (Schluß folgt)

### Verichte aus den Zahlstellen.

**Mannheim.** Am Samstag, den 16. Januar fand im Weisenhaus unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der vom 1. Vorsitzenden Kollegen Reich erstattete Geschäfts- sowohl als auch der vom Kollegen Römelt gegebene Massenbericht fanden die einmütige Zustimmung der Versammlung.

Bei der nachfolgenden Vorstandswahl wurden die alten erprobten Kollegen wiederum an die Spitze der Zahlstelle berufen. Auch an dieser Stelle sei den Kollegen für ihre Arbeit im letzten Jahre der herzlichste Dank ausgesprochen.

Große Aufmerksamkeit fand das Referat des Bezirksleiters Kollegen Schürlein, der in markanten Worten ein treffendes Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage gab.

In vorgerückter Stunde konnte Kollege Reich die harmonisch verlaufene Generalversammlung schließen mit dem Wunsche und der Aufforderung an die Mitglieder, auch im neuen Jahre alles daran zu setzen, unsere Zahlstelle immer mehr vorwärts zu bringen zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft.

**Landshut.** Unsere am 16. Januar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht, 45 Kollegen waren anwesend. Nach der üblichen Begrüßung gab der Vorsitzende Kollege Schürlein einen kurzen Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Jahre. Am Schlusse seines Berichts forderte er die Mitglieder auf, im neuen Jahre noch mehr Gewerkschaftler zu sein als im abgelaufenen Jahre, denn die Zeit für uns Holzarbeiter sei so ernst, daß von allen Kollegen ohne weiteres erwartet werden müßte, daß sie von sich aus für ihren Stand alles daransetzen und für die Berufsorganisation als die einzige Stütze unermüßlich arbeiten. Einen besonderen Appell richtete er noch an die Säger, die es doppelt notwendig hätten, ihrer Lage bewußt zu sein, da bereits von den Arbeitgebern eine Lohnabbauforderung von 20 Pfennig in der Stunde gestellt ist.

Kollege Wadenspanner gab dann den Massenbericht. Die Beitragsleistung entsprach im allgemeinen unseren Verbandsaufstellungen. Aus dem Bericht der Revisoren konnte entnommen werden, daß die Kassa in bester Ordnung befunden wurde. Vater Schüllner, als eines unserer ältesten Mitglieder, arbeitet er doch schon 26 Jahre ununterbrochen mit in der Zahlstelle unseres Verbandes in Landshut, nahm dann die Wahlleitung in die Hand, dankte aufrichtig der alten Vorstandschaft für ihre opferfreudige und umsichtige Führung der Geschäfte im abgelaufenen Jahre und schlug die bisherigen Vorstandsmitglieder wiederum zur Wahl vor. Es wurden auch alle Kollegen wiedergewählt, ein Zeichen dafür, daß die Zahlstellenmitglieder zur Ortsverwaltung Vertrauen hatten.

Unser Bezirksleiter Kollege Kronthaler aus Passau dankte allen Kollegen für ihre Mitarbeit, insbesondere der Vorstandschaft, und ersuchte, auch im kommenden Geschäftsjahre auf dem Posten zu sein. Aller Voraussicht nach werden die Holzarbeiter ihren ganzen Mann als Gewerkschaftler zu stellen haben, sollen nicht die Kollegen um Jahre zurückgeworfen werden. Nach den Plänen, die die Arbeitgeberverbände zur Zeit schmieden, soll ein gründlicher Abbau der Löhne erfolgen. Mit dem, was im Jahre 1925 gewerkschaftlich für unsere Kollegen getan wurde, kann man zufrieden sein und es wird nun darauf ankommen, ob die Kollegen auch den Willen haben, das Erreichte zu halten, bzw. weiter auszubauen. Aufklärung habe man genug gegeben in Wort und Schrift. Es haben jetzt die Kollegen durch die Tat zu beweisen, daß man sie nicht als einen Spielball benutzen kann, auch nicht in einer Zeit, wo keine besonders gute Konjunktur ist. Redner ging auch weiter ein auf unsere Deutsche Volksbank, behandelte kurz Sinn und Zweck derselben und ersuchte um Mitarbeit. Besonders aber wurde der Jugendbewegung das Wort gesprochen und es darf angenommen werden, daß auch diese eine gesunde Entwicklung annimmt, da sich zwei Kollegen bereit erklärt haben, die Werbearbeit und Jugendführung zu übernehmen. Die Ausführungen wurden dankbar entgegengenommen. Bei der Aussprache kam der ernste Wille zum Ausdruck, daß alle ihre volle Pflicht erfüllen wollen in Anbetracht dessen, was uns als Holzarbeiter bevorsteht. Der Vorsitzende sagte in seinen Schlussworten, daß wir nicht nur in der Generalversammlung begeistert sein sollen, sondern während des ganzen Jahres durch wirkliche Mitarbeit uns als ganze Gewerkschaftler zeigen sollen. Die Arbeit für unseren Verband diene uns selbst. Die Vorstandschaft wird wieder ihre Pflicht freudig erfüllen, das gleiche aber verlangt sie von allen Mitgliedern in der Zahlstelle. Treue um Treue.

**Hengersberg.** Am 9. Januar haben wir unsere Generalversammlung abgehalten, bei der alle bis auf zwei kranke Kollegen anwesend waren. Unser Vorsitzender erstattete einen gut zusammengefaßten Jahresbericht, der Kassierer seinen Massenbericht, aus welchem zu ersehen war, daß die Kassenführung in bester Ordnung ist. Die gesamte Vorstandschaft wurde wiedergewählt, ein Beweis dafür, daß diese im abgelaufenen Jahre zur vollen Zufriedenheit der Kollegen gearbeitet hatte. Es wurde ihr dafür auch Dank und Anerkennung ausgesprochen und einmütiges Mitarbeiten der Kollegen versichert.

Unser Bezirksleiter warf dann in seinen Ausführungen einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr und es ist richtig, wenn festgestellt wurde, daß wir auch im Sägewerke um ein schönes Stück vorwärts gekommen sind. Was uns das Jahr 1926 bringen wird, wissen wir noch nicht, jedenfalls aber wird es notwendig sein, daß alle Kollegen im Sägewerke sich ihres Standes und auch ihrer Lage bewußt sind, zumal wenn man bedenkt, daß uns die Arbeitgeber in Niederbayern das Lohnabkommen gekündigt und uns zugleich die Forderung eines Lohnabbaues von 20 Pfg. pro Stunde unterbreitet haben. Es gehört wirklich Mut seitens der Unternehmer dazu, mit einer derartigen Forderung an die Arbeiterschaft heranzutreten in der heutigen Zeit. Daran ergibt sich aber auch für uns als Gewerkschaftler von sich selbst die Aufgabe, die im Jahre 1926 zu erfüllen ist. In der darauf erfolgten Aussprache kam auch allgemein zum Ausdruck, daß alles darangesetzt werden muß, um die Lage nicht noch weiter verschlechtern zu lassen, die schon heute gewiß als nicht besonders rosig bei unseren Kollegen im niederbayerischen Sägewerke anzusehen ist.

**Rebain.** Unsere Zahlstelle hielt am 6. Januar d. J. ihre Generalversammlung ab. Der Verlauf derselben spiegelte so recht das ganze Leben der Zahlstelle wieder. Einmütig und schnell wurde die Vorstandswahl erledigt. Die alten Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme der Schriftführer. Als 1. Schriftführer wurde Kollege Wilh. Schuppst und als 2. Kollege König gewählt. Den Jahresüberblick, den Kollege Klumpe gab, zeigte, daß die Löhle und Einnahmen, welche die Zahlstelle und deren

Folgen geehrt, ausgebessert und unsere Zahlstelle mit Stolz auf den Erfolg des vergangenen Jahres zurückblicken darf. Unsere Mitgliederzahl verdoppelte sich fast, so daß wir über 100 Mitglieder zählen können, ohne die Jugendlichen. Der Jugendführer Kollege Schröder berichtete sodann von der kürzlich ins Leben gerufenen Jugendgruppe, welche bereits 35 Mitglieder zählt, und sich noch um 10-15 Mitglieder erhöhen dürfte. Ein Zeichenkursus innerhalb der Jugendgruppe wird von allen besucht, den Unterricht erteilt Kollege Klumpe. Anschließend beginnt ein Kursus über Treppenbau von Joseph Haslader. Unser Bezirksleiter Kollege Wellage-Mieschede berichtete in seinem Vortrage über die geleistete Arbeit des Verbandes im allgemeinen, sowie im Sauerländischen Bezirk. Er äußerte sich befriedigend über den Fortschritt unserer Zahlstelle. Namens der Zahlstelle sprach der Vorsitzende dem Kollegen Wellage seinen Dank aus, denn den Arbeiten des Bezirksleiters in dem weitverzweigten Gebiete gebührt aller Dank. Es steht der Fortschritt unserer Zahlstelle auch in engem Zusammenhange mit der zielbewußten Arbeit unseres Bezirksleiters. Ebenso wurde dem Kassierer Klumpe ein Lob und der Dank der Versammlung ausgesprochen. An alle Kollegen erging die Bitte, im kommenden Jahre mehr noch als seither den Verband fördern zu helfen, damit das neue Jahr uns dem Ziele wieder ein Stück näherbringt.

**Otterbach i. d. Pfalz.** Unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Pfalz hatte in letzter Zeit auch unser Versammlungsleben gelitten. Daß aber wieder frischer gesunder Geist hier vorherrscht, bewies unsere am letzten Sonntag den 24. 1. 26 abgehaltene Generalversammlung, welcher auch unser Bezirksleiter Kollege Schürlein-Speyer beiwohnte. Vom Kassierer wurde Bericht erstattet über die finanzielle Entwicklung der Zahlstelle. Die Arbeit unseres Kassierers fand bei den Mitgliedern volle Anerkennung. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen als gewählt hervor: 1. Vorsitzender Johann Schäfer, 2. Vorsitzender Karl Reich, Schriftführer Josef Scheidel, Kassierer Alf. Revisoren: Johann Schwabach und Karl Rork. Alf. Revisoren: Karl Rork und Johann Schwabach.

Anschließend hielt unser Bezirksleiter Schürlein einen Vortrag über die: „Gewerkschaftliche Selbsthilfe als Grundlage für den Aufstieg des Arbeiterstandes“. Die Ausführungen fielen auf guten Boden, was ganz besonders die rege Aussprache zeigte. In weiterem Verlaufe der Versammlung besaßte man sich eingehend mit der Jugendfrage. Es wurden Wege gesucht und gefunden, um die Jugend für unsere Gewerkschaftsideen zu gewinnen. Unseren jungen Kollegen muß mit Rat und Tat geholfen werden. Es zeigt sich immer wieder, daß mitunter die fachliche Ausbildung in der Lehrzeit sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Mit einem Schlusswort unseres Vorsitzenden, der alle Kollegen aufforderte, das zur Tat werden zu lassen, was wir uns in der Versammlung vorgenommen haben, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

### Gewerkschaftliches

**Der Cariflohn ist angemessener ortsüblicher Lohn.** Wir haben in Nr. 3 unseres Holzarbeiter darüber berichtet, daß der Verwaltungsausschuß des Kreisarbeitsnachweises Hörter den Arbeitern der Holzbearbeitungsfabrik Rohberg die Erwerbslosenunterstützung versagte. Der Grund der Unterstützungsverweigerung lag darin, daß die Kollegen sich geweigert hatten, unter dem Cariflohn zu arbeiten. Auf die Beschwerde unserer Gauleitung in Hannover hat der Herr Reichsarbeitsminister unter der Geschäftsnummer IV Nr. 388/26 II. Ang. folgenden Bescheid gegeben:

„Zweifelloso haben die öffentlichen Arbeitsnachweise in allen Fällen, in denen ein Carifvertrag besteht, als „angemessenen ortsüblichen Lohn“ im Sinne des § 13 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 — Reichsgesetzblatt I S. 127 — den Cariflohn anzusehen. Ich habe den Herrn Minister für Volkswohlfahrt gebeten, den Arbeitsnachweis in Hörter entsprechend zu belehren und auf eine Aenderung seiner Entscheidung hinzuwirken. Von dem Ergebnis gebe ich Ihnen Nachricht.“

Hoffentlich folgt diesem Bescheid nun auch die praktische Anwendung der darin ausgesprochenen Grundsätze.

### Rundschau.

**Gebühren für Zeugen und Sachverständige vor Gericht.** Gewiß nicht mehr zu früh hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 21. Dezember 1925 hinsichtlich der Höhe der Entschädigungssätze für Zeugen und Sachverständige vor Gericht eine ab 1. Januar 1926 wirkende neue Regelung getroffen; denn die bisherigen Vergütungen waren keineswegs mehr zeitentsprechend.

Nach der vom Reichsminister der Justiz hierzu ergangenen Bekanntmachung des nunmehrigen Wortlautes der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige erhalten hinfür die Zeugen in den vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Rechtsachen, auf welche die Zivilprozessordnung, die Strafprozessordnung oder die Konkursordnung Anwendung findet, eine Entschädigung für die erforderliche Zeitverfümmnis im Betrage von 20 Reichspfennigen bis zu 1,50 Reichsmark für jede angefangene Stunde. Damit hat die Entschädigung, die bisher 5 bis 75 Pfennige betrug, mehr als eine Verdoppelung erfahren. Die Vergütung ist unter Berücksichtigung des von dem Zeugen veräumten Erwerbes zu bemessen und für jeden Tag auf nicht mehr als 10 Stunden zu gewähren. Ob eine Erwerbsverfümmnis festgestellt ist, ist nach freiem Ermessen unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse sowie der regelmäßigen Erwerbstätigkeit des Zeugen zu beurteilen. Da bis zur Grenze von 1,50 Reichsmark der volle Verdienstausfall zu ersetzen ist, wird bei den heutigen Lohnsätzen so ziemlich jeder im werktätigen Berufe

stehender vollen Ersatz seines Verdienstausfalles erhalten.

Beachtlich erscheint auch die Bestimmung, daß Personen, welche durch einfache Handarbeit, Handwerksarbeit oder geringeren Gewerbebetrieb ihren Unterhalt suchen oder sich in gleichen Verhältnissen mit solchen Personen befinden, die nach dem Satz von 20 Reichspfennigen zu bemessende Entschädigung auch dann zusteht, wenn die Veräumnis eines Erwerbes nicht festgestellt ist.

Der Sachverständige erhält für seine Leistung eine Vergütung nach Maßgabe der erforderlichen Zeitverfümmnis im Betrage bis zu 3 Reichsmark für jede angefangene Stunde. Bei besonders schwierigen Sachverständigen-Leistungen darf der Betrag bis zu 6 Reichsmark für jede angefangene Stunde erhöht werden. Auch hier greift eine Verdoppelung der bisherigen Sätze, die bei gewöhnlichen Leistungen auf 1,50 und bei schwierigen auf 3 Mark festgesetzt waren. Plaz. Außerdem sind dem Sachverständigen die auf die Vorbereitung des Gutachtens verwendeten Kosten sowie die für eine Unterzuchung verbrauchten Stoffe und Werkzeuge zu vergüten.

Da für den Zeugen oder Sachverständigen auch die Zeit, während welcher er seine gewöhnliche Beschäftigung nicht wieder aufnehmen kann, als veräumt gilt, ist auch hierfür dem Zeugen eine Entschädigung im Betrage von 0,20 bis 1,50 Mark, dem Sachverständigen eine solche von 3 bis 6 Mark für jede angefangene Stunde zu gewähren.

Sofern Zeugen oder Sachverständige außerhalb ihres Aufenthaltsortes einen Weg bis zur Entfernung von mehr als zwei Kilometer zurücklegen, ist ihnen neben der Entschädigung für Zeitverfümmnis eine Entschädigung für die Reise und für den durch die Abwesenheit vom Aufenthaltsorte verursachten Aufwand zu gewähren. Dabei sind, soweit nach den persönlichen Verhältnissen des Zeugen oder Sachverständigen oder nach äußeren Umständen die Benutzung von Transportmitteln für angemessen zu erachten sind, als Reiseentschädigung die nach billigem Ermessen in dem einzelnen Falle erforderlichen Kosten zu gewähren. In anderen Fällen beträgt die Reiseentschädigung für jedes angefangene Kilometer des Hin- und Rückweges 10 Reichspfennige.

Für jede notwendige Uebernahtung außerhalb ihres Aufenthaltsortes erhalten Zeugen und Sachverständige den angemessenen Betrag, der glaubhaft gemacht ist.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Schlussbestimmung der Gebührenordnung, daß die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen nur auf Verlangen derselben gewährt werden, ebenso, daß der Anspruch darauf erlischt, wenn das Verlangen binnen drei Monaten nach Beendigung der Zurziehung oder Abgabe des Gutachtens beim zuständigen Gerichte nicht angebracht wird. Es hat demnach jeder als Zeuge oder Sachverständiger Geladene seine Gebühren zu beantragen. Tut er dies nicht innerhalb 3 Monaten nach Beendigung der Zurziehung, geht er nach Vorgesagtem des Anspruches darauf verluftig.

### Konkurse u. Geschäftsaufsichten nach Wirtschaftsgruppen.

Monat	Insges.	Landwirtschaft	Industrie	Warenhandel	Banken	Sonstige
1925						
Konkurse						
April	687	5	237	345	7	93
Mai	807	11	273	429	8	86
Juni	766	9	262	409	3	83
Juli	797	13	291	403	4	85
August	751	13	265	379	13	80
September	914	6	378	424	3	103
Oktober	1164					
November	1343	28	508	649	11	147
1. bis 15. Dezbr.	859	14	349	403	5	88
Geschäftsaufsichten						
April	223	4	100	102	2	15
Mai	351	2	146	167	1	35
Juni	328	1	143	157	3	24
Juli	375	2	154	178	8	33
August	379	3	180	163	3	30
September	459	11	220	183	5	39
Oktober	633					
November	967	29	459	396	5	78
1. bis 15. Dezbr.	646	22	297	267	13	47

Beachtenswert ist der große Anteil des Warenhandels an diesen Ziffern. Die Zahlen geben insgesamt nur einen Anhalt, da alle diejenigen Fälle, welche wegen Mangel an Konkursmasse oder infolge Einigung mit den Gläubigern nicht zum Konkursverfahren führten, von dieser Statistik nicht erfaßt werden.

Die Konkursziffern für 1912 und 1913 betragen: 9209 bzw. 9775. Diese Zahlen gelten für das alte Reichsgebiet, also einschließlich der jetzt abgetretenen Landesteile.

**25 Jahre Gesellschaft für soziale Reform.** „Wer ernsthaft und rückhaltlos die Hebung des materiellen und sittlichen Lebens der Lohnarbeiter fördert, mer ihnen einen Platz an der Sonne erobern will, mer in dem Ringen der Lohnarbeiter nach Verbesserung ihrer Daseinsbedingungen einen sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt der Völker sieht, mer bereit ist, ihnen durch die Gesetzgebung des Staates und durch die Kräftigung ihrer Berufsorganisationen auf dem Grunde des Koalitionsrechtes zu Hilfe zu kommen, der ist uns als Genosse willkommen, welcher Partei, welcher Konfession und welchem Stande er auch angehören mag.“ Das waren die Worte, mit denen Staatsminister Dr. Freiherr von Helldorf zur Gründung der „Gesellschaft für soziale Reform“ aufforderte, die am

6. Januar 1901 unter Mitwirkung hervorragender Männer, wie Professor Dr. Ernst Franke und Franz Sise, ins Leben trat. Bedeutende Nationalökonomien, wie Schmoller, Brentano, Sombart und Herkner, waren ihre Sachberater. Neben den Christlich-Sozialen um Stegerwald und Giesberts von Anfang an die Arbeiter der Gesellschaft fruchtbringend beeinflusst. Die sozialistischen Gewerkschaften schlossen sich ihr erst im Jahre 1916 korporativ an. Der erste Vorsitzende war bis nach Beendigung des Krieges Verleypch, der heute noch Ehrenpräsident ist. Sein Nachfolger, Professor Ernst Franke, starb leider kurz nach seinem Amtsantritt. An seine Stelle trat der sächsische Oberverwaltungsgerichtspräsident von Kostig, während Professor Heyde, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, als Generalsekretär fungiert. Die sozialpolitischen Verdienste der Gesellschaft sind unbestritten. Zahlreiche Untersuchungen, deren Ergebnisse in den Schriften der Gesellschaft niedergelegt wurden, dienen als Grundlage für die Schaffung notwendiger Arbeitsgesetze. Die Heimarbeiterrinnenausstellung in Berlin war das Verdienst der Gesellschaft. An dem internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag hatte sie wirklichen Anteil. Das wertvolle Bestreben der Gesellschaft zur Entspannung der sozialen Gegensätze läßt den dringenden Wunsch rege werden, daß die weitesten Kreise in stärkerem Umfange als bisher an der Erreichung des Zieles mitarbeiten.

### Fachtechnisches.

#### Kleine Maßnahmen zur Verhütung des Reißens der Blattfäden.

Die durch das Reißen des Sägeblattes entstehenden Störungen haben in der Regel erheblichen Zeitverlust zur Folge und es sollen hier die Maßnahmen zusammengefaßt werden, welche zur Verringerung der Blattbrüche beizutragen vermögen. Bei der Bandsäge muß auf eine gute, unbehinderte Führung gesehen werden. Die Blattführung soll vollkommen hemmungslos laufen; bei der Bockführung trifft dies häufig nicht zu, denn jede, selbst eine geringe Verschiebung des Blattes hat zur Folge, daß unganze Postellen auf der Bocke aussetzen, wodurch der Riß beschleunigt wird. Das Bockensystem hat auch die unangenehme Begleiterscheinung, daß sich das Blatt bei längerem Schneiden erwärmt, die Schnittgeschwindigkeit leidet hierbei. Ganz ähnlich wie Bocken wirken auch die Seitentollen mit nach vorn laufendem Rücken. Wo man Seitentollen nicht entbehren zu können glaubt, sollen diese möglichst nahe aneinander liegen, weil sonst besonders bei Schwacharbeiten ein Abdrängen zu befürchten ist.

Der Riß des Sägeblattes wird in seiner Ursache nicht immer richtig beurteilt und die zur Verhütung erforderlichen Maßnahmen sind nicht so allgemein bekannt, wie es notwendig wäre. Bei Präzisionswerkzeugen ist oft beobachtet worden, daß ganz kleine, beim Schärfen oder Häuten entstandene Haarrisse infolge der hohen Anforderungen sich oft in kurzer Zeit erweitern und zu Beschädigungen der Werkzeuge führten. Auch bei Sägeblättern geht der Riß stets von einem Haarriß aus, und es ist vorgeschlagen worden, die Zähne stets mit runderkanten Feilen oder eben solchen Schwirgelscheiben zu schärfen, denn beim Schränken, ganz gleich, ob dieses mit der Hand oder Maschine ausgeführt wird, bilden die mit der kantigen Feile erzeugten scharfen Ecken oft den Anfang solcher Haarrisse, deren Umfang dann allmählich zunimmt und schließlich zum Bruch führt. Die Weiterbildung des Haarrisses ist natürlich nicht durch die starke Beanspruchung allein, sondern speziell durch das Warm- und Kaltwerden des Blattes bedingt.

Ist das gerissene Blatt gelötet, so muß es sorgfältig gerichtet werden, damit es schwanngerade läuft und nicht ewige Zähne geschont werden. Die zum Anrichten erforderlichen Schläge werden nach der Zahnung oder dem Rücken mit einem Hammer geführt, dessen Bohre (Aufschlagfläche) mit einem passenden Stück kerbigen Transparenzleder bedeckt ist.

Bzüglich der Stärke der Sägeblätter sind die Meinungen der Praktiker geteilt. Es ist aber durch genaue Beobachtung festgestellt worden, daß schwache Bandsägeblätter nicht so oft reißen wie starke. Ein Reißen findet gewissermaßen überhaupt nicht statt, es ist vielmehr ein Springen oder Zerbrechen des Blattes. Die beobachteten Brüche verringerten sich mit

der Größe des Rollendurchmessers und mit der verminderten Härte des Stahls.

Die Lebensdauer des Sägeblattes könnte oft verlängert werden, wenn dem ruhigen Gange der Bandrollen mehr Beachtung geschenkt würde. Die Bandage, Summi oder Leder, ist möglichst gerade bzw. genau rund zu halten. Sollen die Bandrollen etwas ballig (schwach gewölbt) gehalten werden, so darf die Ballung nur ganz wenig ausmachen, damit das Blatt auf jeder Stelle frei läuft. Die Sägeespäne sollen durch rotierende Bürsten beseitigt werden. Seitliches Zittern und Vibrieren ist das Merkmal von Mängeln an den Führungen.

Der genau wagerechte Lauf der oberen Bandrolle hat auf die Haltbarkeit des Sägeblattes ebenfalls erheblichen Einfluß. Die Rückenführung soll das Blatt beim Leerlauf nur ganz leicht streifen und erst dann in Tätigkeit treten, wenn das Blatt schneidet.

Bei längeren Ruhepausen soll die Spannung etwas nachgelassen werden, weil sich das beim Arbeiten erwärmte Blatt in der Ruhe wieder zusammenzieht.

Will man ein verdächtiges Blatt auf Haarriß untersuchen, so befeuchtet man es leicht mit einem mit Petroleum getränkten Schwamme und bestreut das Blatt mit fein pulverisierter Kreide. Die feinen Haarrisse, die sonst mit bloßem Auge nicht sichtbar sind, haben sich mit Petroleum gefüllt und auch Kreidepulver angefangt, beim Abwischen des Blattes treten diese Kreidüberreste sichtbar hervor.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Zahnform dem Härtegrade des Holzes angepaßt werden soll, je härter das Holz, desto rechtwinkliger der Zahn, während bei weichem Material die spitze Zahnform rationeller wirken wird.

Karl Micksch.

**Eine neue Holzschneidmaschine.** Das Ausarbeiten von mehr oder weniger tiefen oder auch unregelmäßigen Formen war bisher eine ziemlich umständliche Arbeit, weil hierbei nur die altüblichen Handwerkzeuge, wie Stechbeil und Schnittmesser in verschiedener Gestaltung Verwendung fanden. Verhältnismäßig spät ist man im Zeitalter der Technik auf den Gedanken gekommen, mit Hilfe der biegsamen Welle entsprechend geformte Fräser auf die zu bearbeitenden Holzstücke wirken zu lassen. Die Versuche haben gezeigt, daß sich in dieser Weise die verschiedensten Arbeiten durchführen lassen. Diese neue Technik war anfangs noch von allerlei Mängeln begleitet, denn die großen feilenartigen Schnittkanten der Fräser füllten sich mit den meist mehr zerrissenen als zerschneitenen Fasern des Holzes, so daß der Schnitt im großen und ganzen ungleichmäßig ausfiel. Man ist später dazu übergegangen, die Fräser durch rotierende Schnittwerkzeuge zu ersetzen, welche feilenartig auf das Holz wirkten und jetzt wurde eine gleichmäßige saubere Arbeit erzielt, besonders mit den raspelartig ausgestalteten Rotationskörpern ließ sich sehr wirtschaftlich arbeiten. Nachdem es gelungen war, Werkzeuge für derartige Sonderarbeiten sachgemäß herzustellen, wurden Maschinen mit leistungsfähigen Motoren für diese Arbeit eingerichtet. Die Raspelwerkzeuge wurden den Anforderungen entsprechend ebenfalls in verschiedener Größe und mit verschiedener Zahnform geschaffen. In der Möbel- und Modellschlerei haben sich diese Werkzeuge gut eingeführt und selbst die Holzbildhauerei macht neuerdings Gebrauch von dieser Maschine.

### Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

#### Die Invalidenversicherung 1924—1925.

1. In der Invalidenversicherung werden 16 bis 17 Millionen Arbeiter gegen Invalidität und für den Todesfall versichert. Sie versorgt

	im vergangenen Jahre	gegen 1913
Invalide	1 600 000	1 030 000
Witwen	200 000	12 000
Waisen	1 300 000	40 000
<b>Insgesamt</b>	<b>3 100 000</b>	<b>1 082 000</b>

Die Zahl der Rentenempfänger hat sich, insbesondere infolge der Aufnahme der Witwen und Waisen von Kriegsteilnehmern und infolge früheren Eintritts in die Invalidität, gegen 1913 fast verdreifacht.

Der Invalide erhält jetzt im Monat:  
aus Reichsmitteln 6 Mark,  
aus Versicherungsmitteln: den Grundbetrag von 14 Mark, für ein Kind unter 18 Jahren den Zuschuß von 7,50 Mk. sowie einen der Dauer und Höhe der Ver-

sicherung entsprechenden Steigerungsbetrag; der Zuschuß 20 v. H. der Beiträge seit 1. Januar 1924, und bis 10 RM. für jeden Beitrag der Lohnklassen I bis V vor dem 1. Oktober 1921; für die Zeit des Währungsverfalles werden Steigerungsbeträge nicht gewährt.

Die Witwen und Waisen erhalten im allgemeinen einen Bruchteil der Invalidenrente des Ernährers.

Während der Inflation, insbesondere im Jahre 1923, waren die Renten zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Nach der Befestigung der Währung entstanden die Invalidenrenten mit dem Reichszuschuß von 3 Mark, dem Grundbetrage von 10 Mark, einem Kinderzuschuß von 3 Mark und dem Steigerungsbetrage von 10 v. H. der Beiträge seit 1. Januar 1924; diese Regelung hielt sich an die untere Rentengrenze der Friedenszeit; verkiürzt war dabei der Industriearbeiter, der kaum die Hälfte seiner erdienten Rente erhielt. Für die weitere Aufwertung waren maßgebend: der Rückgang in der Kaufkraft des Geldes, die stärkere Rücksicht auf den Familienstand und die Unterhaltungsspflicht, ein angemessener Ausgleich für lange und wertvolle Zugehörigkeit zur Versicherung. Der Reichszuschuß zu den Renten der Invaliden und Witwen stieg am 1. August 1924 von 3 auf 4 Mark und am 1. April 1925 von 4 Mark auf 6 Mark, der Kinderzuschuß zu den Waisenrenten am 1. April 1925 von 2 Mark auf 3 Mark im Monat, vor dem Kriege betrug der Reichszuschuß bei den Invaliden und Witwen 50 Mark und bei den Waisen 25 Mark im Jahre. Am 1. August 1925 wurde der Grundbetrag von 10 auf 14 Mark und der Kinderzuschuß von 3 auf 7,50 Mark erhöht. Für Beiträge aus der Zeit vor der Inflation werden Steigerungsbeträge ab 1. April 1925 bewilligt. Der neue Steigerungssatz — 20 v. H. der Beiträge seit dem 1. Januar 1924 — gilt seit 1. August 1925.

Die Invalidenrente beträgt jetzt mindestens 20 Mark, im Reichsdurchschnitt 25 Mark, und für Industriearbeiter 30 Mark im Monat; der Industriearbeiter erhält jetzt im allgemeinen die Rente, die er ohne Krieg und Inflation haben würde; die neuen Kinderzulagen heben seine Rente über den früheren Stand hinaus.

2. Die Mittel der Landesversicherungsanstalten werden durch Beiträge aufgebracht. Früher wurden die Beiträge nach dem sogenannten Prämiendurchschnittsverfahren berechnet; sie waren so bemessen, daß bei regelmäßiger Weiterzahlung zusammen mit den Zinsen der Versicherungsaufwand dauernd gedeckt werden konnte. Durch den anfänglichen Beitragsüberschuß wurde ein Vermögen angesammelt, dessen Zinsen den Mehrbedarf beim allmählichen Anwachsen der Renten ausglich; dadurch sollte das Anwachsen der Beiträge vermieden werden.

Die Inflation hat das Vermögen der Invalidenversicherung aufgebraucht; am 1. Januar 1924 war nichts vorhanden als die kahle Einrichtung. Für die Größe des Verlustes genügt der Hinweis, daß das Jahr 1913 im Zinsendienst 67,5 Millionen Mark aufgebracht hat, daß aber die Jahre 1924/25 zinsfrei waren. Das durch die Aufwertung wiedergewonnene Vermögen kommt für die Deckung von Ausgaben auf absehbare Zeit nicht in Betracht.

Seit dem 1. Januar 1924 wird der Versicherungsaufwand im Umlageverfahren gedeckt. Als Wochenbeitrag wurden vom 1. Januar 1924 bis 28. September 1925 erhoben:  
in der Lohnklasse 1 (bis zu 10 RM. Wochenlohn) 20 RM.,  
in der Lohnklasse 2 (von 10 bis 15 RM. Wochenlohn) 40 RM.,  
in der Lohnklasse 3 (von 15 bis 20 RM. Wochenlohn) 60 RM.,  
in der Lohnklasse 4 (von 20 bis 25 RM. Wochenlohn) 80 RM.,  
in der Lohnklasse 5 (von mehr als 25 RM. Wochenlohn) 100 RM.

Vor der Inflation wurden als Wochenbeitrag erhoben:  
in der Lohnklasse 1 (bis zu 350 M. Jahresverdienst) 18 Pf.,  
in der Lohnklasse 2 (von 350 bis 550 M. Jahresverdienst) 26 Pf.,  
in der Lohnklasse 3 (von 550 bis 850 M. Jahresverdienst) 34 Pf.,  
in der Lohnklasse 4 (von 850 bis 1150 M. Jahresverdienst) 42 Pf.,  
in der Lohnklasse 5 (von mehr als 1150 M. Jahresverdienst) 50 Pf.

Die Beiträge seit dem 1. Januar 1924 waren hiernach zum Teil niedriger, zum Teil höher als die alten Beiträge. Auffallend war für 1924 die starke Befreiung der unteren Lohnklassen, insbesondere der Lohnklasse 1. Von 1000 Beitragsmarken entfielen

auf die Lohnklasse 1	74	281
auf die Lohnklasse 2	194	189
auf die Lohnklasse 3	244	144
auf die Lohnklasse 4	170	114
auf die Lohnklasse 5	318	272

Die Wandlung der Lohnklassen allein vermag diesen erheblichen Unterschied nicht zu begründen. Entweder waren die Löhne stellenweise niedriger als früher oder es wurden nicht die richtigen Marken geklebt, wahrscheinlich haben beide Umstände zusammengewirkt.

(Schluß folgt.)

### Stahlblech

Feilglanz, beste erprobte Qualität.

3 x 2 3/4 2 3/4 4 2 3/4 per 100.

2 x 3 3/4 per 100, Bedarf sofort

Erfahrung auch nach den besten Verfahren und Maschinen

H. E. Welter, Dresden, N.

Reichenbergerstr. 24.

### Für die Hälfte des Preises,

der bisher für die billige Ausgabe bezahlt werden mußte, bieten wir die folgenden

#### Gustav Freytag-Geschenkausgaben

- Soll und Haben
- Die verlorene Handschrift
- Die Apen I Ingo und Ingeroban
- Die Apen II Das Nest der Zaunkönige

Umgekehrte Texte, bestes Papier, schöner Druck, gediegener Einband und konkurrenzlos billiger Preis.

Gebunden in Ganzleinen mit echt Feingold Decken und Rückenprägung Mk. 2,75.

Gebunden in Halbleinen, jedoch auf hochglanzigem Papier Mk. 1,25.

Empfehlenswert ist die Ausgabe in Ganzleinen. Als weitere Vergünstigung berechnen wir nur die Hälfte der Portokosten, bei Sammelbestellungen liefern wir portofrei.

Bestell sofort, denn die Nachfrage ist groß.

Christliche Gewerkschaftsverlag, Abteilung Sortiment



Eingeh. Deutsche Volksbank, Offen, Postk. K. Nr. 24000

Interessen. Musterbogen für Schatteln, Rüstische, Schlafzimmer u. dgl. geg. Einsend. d. 40 Pf. in Briefmarken. G. Müller, Seidelberg, Theaterstraße 7/11